

# Chile: Ein Volksaufstand unter Ausgangssperre

Von Jakob Graf und Anna Landherr

**D**as Coronavirus traf Chile in einem politisch heiklen Moment. Noch nie in der Geschichte des Landes hatten ein Präsident und seine Regierung eine niedrigere Zustimmung der Bevölkerung: Sie lag in den ersten Monaten des Jahres 2020 bei rund sechs Prozent. Bis Anfang März nahmen Millionen Menschen an den Protesten gegen das neoliberale Wirtschaftssystem des Landes teil, die im Oktober vergangenen Jahres ihren Anfang nahmen. Nun trifft die Pandemie das südliche Andenland mit ganzer Härte. Und wie Ende 2019, setzte die Regierung zur Kontrolle der Bevölkerung das Militär ein. Während am 8. März noch Millionen Menschen durch die Straßen des Landes liefen, hatte die Corona-Pandemie die Proteste, die tägliche Zusammenkunft von DemonstrantInnen auf der Plaza Dignidad<sup>1</sup> und viele weitere öffentliche Protestformen zunächst im ganzen Land gestoppt. Doch sie waren keinesfalls beendet.

Seit Oktober 2019 protestierten die ChilenInnen gegen das neoliberale Wirtschaftssystem, das in der Militärdiktatur Augusto Pinochets eingeführt wurde und seit dem Übergang zur Demokratie in den 1990er Jahren weiter vertieft wurde. Zu den schwerwiegendsten Konsequenzen gehört dabei die starke Ungleichheit der Einkommen und des Reichtums.<sup>2</sup> Diese Ungleichheit verschärft sich wiederum durch die Privatisierung der Gesundheits-, Bildungs- und Rentensysteme, wodurch sich die Klassen nicht nur reproduzieren, sondern sich gleichzeitig die Kluft zwischen ihnen vertieft. Während sich eine kleine Elite Sozialleistungen leisten kann, die europäische Standards übertrifft, müssen sich andere für die Inanspruchnahme von solchen Leistungen hoch verschul-

den. Eine gute Gesundheitsversorgung hängt also weitestgehend vom Einkommen ab. Dadurch ist nicht nur die Qualität der Versorgung sehr unterschiedlich, sondern auch der Zugang an sich. Rund 26.000 PatientInnen sterben jährlich in Chile, während sie auf Wartelisten für einen Krankenhausplatz stehen.<sup>3</sup>

Der neoliberale Zuschnitt der chilenischen Wirtschaft, der Politik und des Staates ist in der chilenischen Verfassung verankert, die ebenfalls noch aus Zeiten der Diktatur stammt. Ein zentrales Anliegen der Protestbewegung war es deshalb, eine verfassungsgebende Versammlung zu erkämpfen. Die enorme Mobilisierung auf der Straße konnte Ende letzten Jahres eine Einigung zwischen Regierung und Opposition erzwingen, ein Referendum über die Initiierung eines verfassungsgebenden Prozesses abzuhalten. Dieses hätte im April stattfinden sollen, wurde wegen des Virus indes verschoben. In der Abstimmung am 25. Oktober votierten schließlich mehr als 78 Prozent der Wähler\*innen für eine neue Verfassung, die durch eine komplett aus Bürger\*innen (nicht zur Hälfte durch Parlamenatier) zusammengesetzte Versammlung ausgearbeitet werden soll.

Vor allem der Präsident Sebastián Piñera geriet im Laufe der Proteste seit Oktober vergangenen Jahres immer stärker in die Kritik. Er steht wie kein anderer für die neoliberale Ausrichtung der politischen und wirtschaftlichen Elite Chiles. Seine Familie war in seiner Kindheit für einige Jahre in die USA emigriert, wo er später an der Harvard Universität Wirtschaftswissenschaften studierte. Nach Chile zurückgekehrt führte er das Kreditkartenwesen im Land ein und machte damit ein Milliardengeschäft. Heute gehört er zu den fünf reichsten ChilenInnen und wird von Forbes auf Rang 859 der weltweit Reichsten gelistet.<sup>4</sup> In seiner momentan andauernden Präsidentschaft hat seine zuvor schon geringe Popularität zunächst unter dem harten Vorgehen gegen die DemonstrantInnen weiter gelitten, von denen fast 4000 durch Polizei und Militär teilweise

schwer verletzt wurden. Die systematischen Menschenrechtsverletzungen<sup>5</sup> während der Proteste haben seine Zustimmungswerte in den Keller purzeln lassen. Hunderte Augenverletzungen durch Schusswaffen sorgten auch international für Empörung.<sup>6</sup>

In vielen Ländern stiegen im Zuge der Corona-Krise die Zustimmungswerte ihrer Regierungen. Zumindest kurzzeitig scheinen die Staaten wieder handlungsfähig zu werden und unter Einwilligung der BürgerInnen stark in das Leben der Menschen eingreifen zu können, um das Schlimmste zu verhindern. Rund um die Welt scheinen plötzlich überparteiliche Schulterschlüsse ein gemeinsames Handeln für das »allgemeine Wohl« möglich zu sein. Anfänglich schien dies auch in Chile so zu sein. Am 18. März 2020, fünf Monate nach der chilenischen Oktoberrebellion, rief Präsident Piñera den »Katastrophenstaat« aus und schickte – wie zuvor gegen die Protestierenden – das Militär auf die Straße, um die Ausgangssperre durchzusetzen. Doch im Unterschied zum Oktober bleibt es diesmal zunächst recht still auf Chiles Straßen. Einigen umstrittenen Umfragen zufolge ließ die Corona-Pandemie die Zustimmungswerte des Präsidenten binnen drei Wochen sogar wieder auf 21 Prozent steigen.

Doch auch wenn die Straßen zunächst leer waren und Sebastián Piñera provokativ ein Foto von sich selbst auf der leeren *Plaza Dignidad* – dem Symbol der Protestbewegung – twitterte, ist der Kampf der ChilenInnen nicht beendet, er hat sich derzeit in andere Bereiche verschoben. Die Pandemie könnte die Situation gar noch eskalieren lassen, denn die Krise des Gesundheitssystems, private soziale Sicherungssysteme, prekäre Beschäftigung und soziale Ungleichheit werden sich nun dramatisch zuspitzen, und allem voran wird nun eine Ernährungskrise thematisiert. Grund dafür ist auch die Form des chilenischen Staates, der in der Diktatur zum »Anti-Sozialstaat« umgebaut wurde. Chilenische SozialwissenschaftlerInnen nennen ihn den »Estado subsidiario«, der alle Wirtschafts-

und Lebensbereiche dem Markt überlässt und nur eingreift, wo er versagt. Soziale Rechte werden somit zu Konsumgütern, deren Indienstnahme bezahlt werden muss.<sup>7</sup> Dies hat nicht nur zu der breit kritisierten und erheblichen Ungleichheit in Chile geführt, sondern auch dazu, dass der Staat in Krisenzeiten wie der jetzigen kaum noch handlungsfähig ist.

Der Ursprung des Coronavirus in Chile und die Quarantänesituation spiegeln die Wirkungsweise der Ungleichheit wider. Wie in vielen anderen Ländern wurde das Virus von eher reichen »kosmopolitischen« JetsetterInnen eingeschleppt. Trotz der großen Klassenkluft breitete sich das Virus schnell auf den Rest der Bevölkerung aus, nicht zuletzt durch die Hausangestellten, die vor und nach ihrer Arbeit die oft stundenlangen Wege in überfüllten öffentlichen Transportmitteln auf sich nehmen müssen, wobei eine Ansteckung anderer kaum zu vermeiden ist.<sup>8</sup> Nachdem der frühere Gesundheitsminister Mañalich anfangs mehrfach eine Ausgangssperre ausgeschlossen hatte und es mit seiner Hoffnung auf eine Mutation des Virus, die es langfristig doch »zu einer guten Person« werden ließe, in die internationalen Schlagzeilen schaffte, verhängte er schließlich doch eine halbherzige Quarantäne für ausgewählte Gemeinden Santiagos. Das Resultat: die Reichenviertel wurden abgeschottet, während der Rest der Bevölkerung weiterhin zur Arbeit gehen musste und sich weiterhin im völlig überfüllten öffentlichen Transport bewegte. Zuhause zu bleiben ist ein Luxus, den sich die vielen informell Beschäftigten, die Kleingewerbetreibenden und auch viele Angestellte nicht leisten können.

Präsident Piñera selbst reagierte zunächst orientierungslos und veranlasste erst spät Maßnahmen, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen. Diese waren dann aus virologischer Sicht untauglich, aus repressiver dafür aber umso wirkungsvoller: Nachdem der März mit den größten Protesten seit dem Anfang der Aufstände im Oktober begonnen hatte, kommt es im Zuge der

Pandemie nur sporadisch zu Protesten. Doch das Virus griff weiter um sich. Gerade die ärmeren Regionen und Stadtteile wurden in der Folge vom Virus getroffen. Ende Juni war Chile das Land mit den weltweit höchsten Fallzahlen pro 100.000 EinwohnerInnen, und die Gesamtzahl schoss im kleinen Andenland mit seinen rund 18 Millionen EinwohnerInnen hoch; Ende August waren es dann schon 400.000 Infizierte und mehr als 10.000 Tote. ExpertInnen prognostizierten zwischenzeitlich, dass das Land insgesamt 70.000 Tote aufgrund der Pandemie verzeichnen könnte.<sup>9</sup> Der Gesundheitsminister Mañalich ist mittlerweile zurückgetreten, nachdem bekannt wurde, dass die Zahlen der Todesopfer manipuliert worden waren.<sup>10</sup> Die Umfragewerte des Präsidenten sind wieder im Keller, eine totale Ausgangssperre wurde verhängt – bei Verstoß drohen bis zu fünf Jahre Haft –, und das Militär kontrolliert die Personen auf der Straße, die für jedes Verlassen des Hauses einen Antrag über das Internet stellen müssen. Zwischenzeitlich gab es aufgrund dieser umfassenden Kontrollen bis zu 10.000 Inhaftierungen pro Woche.<sup>11</sup>

Chile ist auch noch in einer weiteren Hinsicht Paradebeispiel eines Landes, in dem die Wirtschaft stets Vorfahrt hat. So wurde im März ein Maßnahmenpaket beschlossen, das ökonomische Unterstützung der Regierung für Betroffene und Unternehmen enthält. Piñera verkündete Sondermaßnahmen, die die Arbeitgeber vor wirtschaftlichen Verlusten schützen sollen, etwa indem sie ihnen erlauben, ihre Angestellten fristlos zu entlassen oder deren Lohn nicht zu zahlen, wenn sie wegen der aktuellen Situation nicht zur Arbeit kommen können.<sup>12</sup> Die Beschäftigten sollen in diesem Fall die Arbeitslosenversicherung in Anspruch nehmen können. Zudem sei Kurzarbeit möglich, bei der die Regierung die Löhne subventioniert. Naturgemäß greifen diese Instrumente nur für die formell beschäftigten Lohnabhängigen. Mindestens 30 Prozent der chilenischen Beschäftigten arbeiten allerdings informell.

Sie können lediglich eine Einmalzahlung von 50.000 Pesos (derzeit umgerechnet 52,70 Euro) erhalten. Die Bank JP Morgan schätzte schon Anfang April die Arbeitslosigkeit in Chile auf 20 Prozent.<sup>13</sup>

Vielen ChilenInnen wurde schnell klar, wer die Kosten der Pandemie tragen und wen sie am stärksten treffen wird. Kapazitäten für IntensivpatientInnen mit Lungenproblemen gibt es vielerorts nicht mehr. In vielen öffentlichen Krankenhäusern mangelt es nicht nur an Beatmungsgeräten, sondern auch an klinischem Personal und materiellen Ressourcen, während in privaten Kliniken teilweise freie Betten für reiche PatientInnen reserviert sind. In öffentlichen Krankenhäusern sind die Sterberaten der Corona-PatientInnen deshalb doppelt so hoch wie in den privaten Einrichtungen.<sup>14</sup> Die Relevanz der schon im Herbst 2019 formulierten Forderungen bezüglich der Gesundheitsversorgung wurde spätestens jetzt deutlich: Die DemonstrantInnen forderten seit Oktober neben anderem ein besseres Gesundheitssystem, und das Pflegepersonal und die ÄrztInnen verlangen seit Jahren bessere Arbeitsbedingungen. Immer wieder entwickelten sich die überfüllten Krankenhäuser schon vor der Corona-Pandemie zu Infektionsherden. Natürlich ist dies nicht das einzige Problem: Während die Regierung ihre Hygienebestimmungen beim Händewaschen verschärft, müssen laut Greenpeace 350.000 ChilenInnen ohne fließend Wasser leben und verfügen deshalb gar nicht über die Möglichkeit, diesen Bestimmungen nachzukommen.

Es dauerte deshalb auch nicht lange, bis unter dem »Katastrophenstaat« die ersten Proteste ausbrachen.<sup>15</sup> Besonders in den Betrieben wurde für bessere Hygienebedingungen und teilweise sogar für Quarantäne zum Schutz der Gesundheit der ArbeiterInnen protestiert. Maßnahmen, die in anderen Ländern teilweise nur widerwillig eingehalten wurden, werden in Chile von den ArbeiterInnen und der Bevölkerung selbst eingefordert. Das Vertrauen in die Zahlen und Entscheidungen der Regierung ist

gering, und die Politik der letzten Jahrzehnte zeigte immer wieder, dass das Allgemeinwohl hinter den ökonomischen Interessen zurückzustehen hat.

Beschäftigte in der Holz- und Forstindustrie traten Ende März in den Streik und blockierten Straßen, um endlich ihre Arbeit einstellen zu dürfen, da sie mit einem hohen Ansteckungsrisiko rechneten. In der - nach Unternehmensangaben - weltweit größten Kupfermine Minera Escondida beschwerten sich die ArbeiterInnen, weil ihnen die Hygienesicherheit verwehrt bliebe. In der südlichen Stadt Temuco liefern sich BauarbeiterInnen Auseinandersetzungen mit der Polizei, und die Gewerkschaft der HafentarbeiterInnen, die sich auch schon an den Protesten seit Oktober vergangenen Jahres rege beteiligten, fordert die Stilllegung aller nicht-essenziellen wirtschaftlichen Bereiche. Auf dem südchilenischen Inselarchipel Chiloé wurde zeitgleich für eine komplette Abschottung der Inseln von der Außenwelt demonstriert. Um die Inselquarantäne - 170.000 Menschen leben dort - zu erreichen, haben Teile der Bevölkerung die Zufahrtsstraßen blockiert und mit brennenden Barrikaden versperrt. Damit setzten sie schließlich eine Isolierung des Archipels durch, die nur für Mittel der Grundversorgungsmittel durchbrochen werden darf. Einzelne Transportfahrten der Fischindustrie wurden von der Regierung mit Polizei und Marine dennoch durchgesetzt.

In der südlichen Kommune Tirúa organisieren indigene Gemeinschaften selbstständig Quarantänezonen, und auch in anderen Regionen wie in Aysén blockierten BewohnerInnen zwischenzeitlich Landstraßen, um den Personenverkehr zu minimieren. Gleichzeitig organisieren die Menschen überall im Land unter dem Motto »nur das Volk hilft dem Volk« Volksküchen für die lokale Bevölkerung, wofür die Fischer und Bauern immer wieder Nahrung spenden. Diese Art der Selbstorganisation und der gegenseitigen Hilfe ist mittlerweile für viele ChilenInnen über-

lebenswichtig geworden, da die ohnehin schon unzureichenden staatlichen Hilfen einen Großteil der ärmeren Bevölkerung – wenn überhaupt – zu spät erreichen.

Auch wenn die Straßen zwischenzeitlich wegen der Corona-Pandemie deutlich leerer waren, gingen am 18. Oktober 2020, dem Jahrestag des Beginns der Proteste, wieder Tausende Menschen auf die Straße. Mit dem gewonnenen Referendum für eine neue Verfassung ist ein Grundstein gelegt für eine Reform der Basisinstitutionen des neoliberalen chilenischen Modells. Ob dies gelingt, hängt allerdings nicht zuletzt von den weiteren Mobilisierungen auf der Straße ab. Die immer wieder lokal laut werdenden Proteste waren in den Demonstrationen 2019 durch den Schrei nach Würde gekennzeichnet. Während der Pandemie wurde dieser durch den Aufschrei »Hunger« ersetzt. Die Corona-Krise könnte sich als Brandbeschleuniger bei der Suche nach neuen und vielleicht wirkungsvolleren Protestformen erweisen. Im kommenden Jahr wird sich zeigen, inwiefern sich die Macht auf der Straße auch in eine kraftvolle Stimme in den verfassungsgebenden Organen verwandeln kann. Insbesondere Forderungen nach territorialer Souveränität und nach öffentlicher Kontrolle über ökonomische Aktivitäten und ökologische Ressourcen könnten ungeahnten Aufwind bekommen.

### Anmerkungen

- 1 Dieser Verkehrsknotenpunkt mitten in der chilenischen Hauptstadt Santiago – eigentlich Plaza Italia – wurde von den DemonstrantInnen in Plaza Dignidad (Platz der Würde) umbenannt.
- 2 Vgl. Anna Landherr / Jakob Graf: Neoliberale Kontinuität im politischen Wechselwind: Die Macht der besitzenden Klasse Chiles über die extraktivistische Ausrichtung des Landes. In: PROKLA 189 (4/2017), S. 569-585.
- 3 Vgl. Biobiochile.cl: »26 mil personas fallecieron en 2018 mientras se encontraban en listas de espera«. [www.biobiochile.cl](http://www.biobiochile.cl), 1.8.2019.
- 4 Vgl. #804 Sebastian Piñera & family. [www.forbes.com](http://www.forbes.com), 28.6.2020.



- 5 Die UN-Kommission für Menschenrechte kritisierte die systematische Verletzung der Menschenrechte seitens der Polizei: CCHDH: Informe ONU sugiere que violaciones a los derechos humanos son »sistemáticas«. <https://radio.uchile.cl>, 14.12.2019.
- 6 Zu den Zahlen der Verletzten und Todesopfer siehe das chilenische Menschenrechtsinstitut: [www.indh.cl/archivo-de-reportes-de-estadisticas](http://www.indh.cl/archivo-de-reportes-de-estadisticas).
- 7 Farías Carrión u.a.: Estado Subsidiario: Límites y proyecciones de la democracia territorial en Chile. [www.ciudadcomun.org](http://www.ciudadcomun.org), 25.3.2019.
- 8 Es wurden mehrere Fälle bekannt, in denen wissentlich Inhaftierte ihre Hausangestellten weiterhin zu sich nach Hause kommen ließen.
- 9 Vgl. Urgen cambio de estrategia para enfrentar coronavirus: grupo transversal de científicos advierte que Chile podría llegar a 70 mil fallecidos. [www.elmostrador.cl](http://www.elmostrador.cl), 22.6.2020.
- 10 Das Onlineportal CIPER deckte auf, dass sich die nationalen Todesraten stark von denjenigen unterschieden, die das Gesundheitsministerium der WHO zukommen ließ: Minsal reporta a la OMS una cifra de fallecidos más alta que la informada a diario en Chile. <https://ciperchile.cl>, 13.6.2020.
- 11 Vgl. Toque de queda en Chile: ministro de salud pide »aplicar más fuerza« y llevan 10 mil detenidos en una semana, [www.nodal.am](http://www.nodal.am), 16.6.2020.
- 12 Vgl. Ex abogado de la DT califica como »aberración« y »error mayúsculo« polémico dictamen que suspende remuneración durante cuarentena. [www.elmostrador.cl](http://www.elmostrador.cl), 31.3.2020.
- 13 Vgl. JP Morgan estima que el desempleo en Chile bordea el 20% aludiendo que el INE minimiza las cifras. [www.biobiochile.cl](http://www.biobiochile.cl), 2.6.2020.
- 14 Vgl. Coronavirus: tasa de mortalidad de los hospitales públicos metropolitanos duplica la de las clínicas. [www.ciper.cl](http://www.ciper.cl), 21.06.20.
- 15 Schon früh wurde deutlich, dass die Proteste weitergehen würden. Vgl. Sophia Boddenberg: Soziale Bewegungen in Chile: »Wir werden weiterkämpfen«. [www.amerika21.de](http://www.amerika21.de), 31.3.2020.